



## KOMMENTAR

### BLICK ZURÜCK NACH VORN

**R**ückblicke sind am Ende eines Jahres der „Renner“ in den Medien. Ob Print, Radio oder TV, von allen Seiten werden wir mit den angeblich wichtigsten Ereignissen des vergangenen Jahres konfrontiert. Doch wer entscheidet, was wichtig ist?

Katastrophen oder Krieg und Terror sind gesetzt. Über das Erdbeben in Haiti oder die verheerende Flut in Pakistan muss berichtet werden, wenn wir in Not geratenen Menschen helfen wollen. Daran am Ende des Jahres zu erinnern, den aktuellen Stand zu beleuchten und vielleicht die „Spendentrommel“ damit erneut zu aktivieren, ist gut und sinnvoll. Ebenso gehören die Rettung der verschütteten Bergleute in Chile, die Proteste zu Stuttgart 21 oder auch die Massenpanik mit tödlichem Ausgang bei der Duisburger Loveparade zu einem vollständigen Rückblick auf 2010. Fast jeder Sender oder jede Redaktion hat daran erinnert. Der deutsche Erfolg beim Eurovision Song Contest und bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika wurden ebenso ausgiebig betrachtet – mal seriös, mal als Persiflage. Aber sie wurden von fast keiner

Redaktion vergessen. Ob diese Ereignisse aber wirklich wichtig sind, sei dahin gestellt.

Dann scheiden sich auch schon die Geister. Während die einen das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin, das immerhin eine ausführliche Integrationsdebatte ausgelöst hat oder die Skandale um Veröffentlichungen in WikiLeaks gar nicht aufgreifen oder nur kurz streifen, geben andere Sender diesen Ereignissen einige Minuten Sendezeit.

Der sexuelle Missbrauch in der katholischen Kirche findet bei den einen ausgiebig Beachtung, anderen macht er anscheinend das Sendeformat kaputt, also wird er verschwiegen. Ähnlich ergeht es der Verlängerung der Atomlaufzeiten oder auch der Ölpest im Golf von Mexico.

Manche Sender beschränken sich gar darauf, die Scheidungen, Hochzeiten und zahlreichen „Skandälchen“ von prominenten oder weniger prominenten Menschen als die Ereignisse des Jahres zu skalieren. Vom Kachelmann-Prozess, über Lothar Matthäus' Eheprobleme, bis zum rasanten Aufstieg

einer Daniela Katzenberger ist alles dabei.

Was also als wichtig erachtet wird, entscheiden die Redaktionen. Der Nachrichten-Konsument kann sich allenfalls entscheiden, ob er den Geschmack des Senders oder der Zeitschrift teilt. Es wird dabei wieder einmal bewusst, welche Macht wir Medienschaffenden haben. Selbst in Zeiten von Social Media funktionieren die klassischen Medien immer noch als Gatekeeper und Meinungsmacher. Ein Thema, ein Ereignis, das nicht am Jahresende aufgegriffen wird, war wohl auch nicht so wichtig – meint man. Deshalb meine eindringliche Bitte, sich dieser Verantwortung immer wieder bewusst zu sein und genau hinzuschauen bei der Auswahl der Ereignisse. Was ist wirklich so wichtig für die Menschen, für unser Land, dass man sich daran erinnern sollte? Ich stelle diese Frage gleich zu Anfang dieses Jahres. Vielleicht trägt sie bei der Auswahl der Ereignisse 2011 durch das Jahr.

Beate Schneiderwind

*Alle früheren Vorstandskommentare finden Sie*

*im Internet: [www.gkp.de/Kommentare/Kommentare.php](http://www.gkp.de/Kommentare/Kommentare.php)*

## DEUTSCHLAND

### Erzbischof Zollitsch würdigt neuen Film

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, hat den im Dezember 2010 gestarteten Kinofilm „Von Menschen und Göttern“ als besonders sehenswert gewürdigt. „Der Film zeigt das Leben der Trappistenmönche von Tibhirine in Algerien, die 1996 brutal ermordet wurden. Er ist ein herausragendes Beispiel für die Vermittlung christlicher Werte im Kino. Er stellt eindrucksvoll dar, wie aus tiefer Spiritualität und der Nähe zu Gott die Kraft erwächst, die politisch brisante Botschaft der Liebe gerade in einer Situation der Bedrohung durch Gewalt konsequent zu leben. Der Film greift zwar einen historischen Fall auf, aber er ist auch für uns von brennender Aktualität, weil er einen wichtigen Beitrag zum Thema des Dialogs zwischen Christentum und Islam, ein überzeugendes Plädoyer für eine differenzierte Betrachtungsweise und eine Grundhaltung der Versöhnung bietet. Ich bin sicher, dass es dem Film gelingt, Herz und Verstand der Menschen zu erreichen“, so Zollitsch. Der Mord an den Trappistenmönchen von Tibhirine wird islamistischen Terroristen zugeschrieben, ist aber bis heute nicht zweifelsfrei aufgeklärt. (Zenit 10.12.2010)

### Fernsehratsmitglied Langendörfer lobt Management des ZDF

Nach dem Unfall in der „Wetten, Dass...?“-Show hat der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Hans Langendörfer, das ZDF für sein Krisenmanagement gelobt. „Die Beteiligten haben unmittelbar nach dem Unfall professionell, besonnen, entscheidungsstark und einfühlsam gehandelt. Das Krisenmanagement des

ZDF hat funktioniert“, sagte das Mitglied des ZDFFernsehrats.

Ob im Vorfeld der Show Fehler gemacht worden seien, müsse eine genaue Untersuchung klären, fügte Langendörfer hinzu. „Zum jetzigen Zeitpunkt halte ich eine Debatte über Unterhaltung und Einschaltquoten im öffentlichen Rundfunk für ebenso irreführend wie den Ruf nach einem Ehrenkodex, der bei allen Veranstaltungen Sendungen mit gefährlichen Aktionen ausschließt.“ Öffentlich-rechtliche und private Sender müssten allerdings sensibler bei der Einschätzung von Risiken und Gefahren sein. Das Wohlergehen der Menschen müsse im Vordergrund stehen, betonte der Jesuit.

### Verband begrüßt Scheitern von Novelle zum Jugendmedienschutz

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) begrüßt das voraussichtliche Scheitern des Änderungsgesetzes zum Jugendmedienschutzvertrag. „Die Bestimmungen hätten keinen besseren Schutz geboten, sondern die Informationsfreiheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am Internet eingeschränkt“, sagte der BDKJ-Bundesvorsitzende Dirk Tänzler in Düsseldorf auf Anfrage. Am selben Tag wurde bekannt, dass Nordrhein-Westfalen die geplante Novelle ablehnen will. Damit würde das gesamte Vorhaben kippen. Ein umstrittener Punkt betrifft die Alterskennzeichnung von Internetseiten. Internetseiten mit jugendgefährdenden Inhalten müssen demnach mit einer bestimmten Altersangabe versehen werden; bei anderen Seiten ist die Angabe freiwillig. Spezielle Programme sollen diese Informationen dann auslesen, um für Kinder und Jugendliche nicht geeignete Seiten und Inhalte herauszufiltern. Derartige technische Regelungen böten keinen wirksamen Schutz für Jugendliche, betonte Tänzler. So sei eine Anwendung

nur für in Deutschland betriebene Homepages vorgesehen gewesen. „Das Internet ist aber ein weltweites Phänomen, das keine Grenzen kennt.“

Zudem sähen sich durch die Regelung beispielsweise auch Jugendverbände gezwungen, ihre Seiten mit einer Alterskennzeichnung zu versehen und registrieren zu lassen, kritisierte der BDKJ-Bundesvorsitzende. „Aufklärungsarbeit etwa zum Thema sexueller Missbrauch wäre unter solchen Umständen nur schwer möglich.“ Stattdessen forderte Tänzler, die Medienkompetenz von Jugendlichen zu stärken und die Eltern stärker zur Verantwortung zu ziehen.

Der BDKJ machte sich damit die Position zu eigen, die zuvor bereits die Katholische Junge Gemeinde (KJG) formuliert hatte. Der BDKJ vertritt als Dachverband von 17 katholischen Jugendverbänden, zu denen auch die KJG gehört, die Interessen von rund 660.000 Mitgliedern.

### Erzbischof Zollitsch kritisiert Wikileaks

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, hat die Veröffentlichung von Geheimdokumenten der US-Diplomatie durch Wikileaks kritisch bewertet. Es sei dramatisch, wie „Vertrauen enttäuscht und Menschen durch Informationen öffentlich herabgewürdigt wurden“, sagte er in Rom. Die Veröffentlichung habe allerdings auch deutlich gemacht, dass es wohl nicht allzu schwer sei, an jedem Menschen schlechte Eigenschaften zu finden und Schwächen offenzulegen, so Zollitsch. „Mag der jeweils Handelnde noch so gut erzogen sein, es lässt sich bei einem jeden etwas aufzeigen, das ihn schlechtem Licht erscheinen lassen kann.“

Versagen und Schwächen gehörten letztlich zum Mensch-Sein hinzu, sagte der Erzbischof.

## Bischöfe appellieren an Iran: Reporter freilassen!

Katholische und evangelische Bischöfe haben die Freilassung der zwei im Iran inhaftierten deutschen Reporter gefordert. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, schrieb in der „Bild am Sonntag“: „Ich appelliere an die Regierung in Teheran, die beiden Journalisten umgehend freizulassen. Nur eine Gesellschaft, die die Menschenrechte verwirklicht, kann als humane Gesellschaft bezeichnet werden.“ Der Mainzer Kardinal Karl Lehmann nannte die Festnahme der beiden „Bild am Sonntag“-Reporter besonders mit Blick auf die Meinungs- und Pressefreiheit „eine große Enttäuschung“. Der Münchner Kardinal Reinhard Marx forderte ebenfalls die Entlassung der beiden Gefangenen. „Seien Sie barmherzig und denken Sie auch an die Familien, die um ihre Angehörigen bangen und mit ihnen gemeinsam Weihnachten feiern wollen“, so der Erzbischof.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Nikolaus Schneider, nannte die Pressefreiheit „ein hohes Gut, das sich weltweit durchsetzen muss“. Es sei nicht hinnehmbar, dass Journalisten, die nach der Wahrheit suchten, inhaftiert würden. Sein Stellvertreter im EKD-Rat, der sächsische Landesbischof Jochen Bohl, äußerte den Wunsch, dass die beiden Presseleute Weihnachten zu Hause verbringen können. Der evangelische Landesbischof von Bayern, Johannes Friedrich, und sein Berliner Amtskollege Markus Dröge betonten ebenfalls die Bedeutung der Pressefreiheit und riefen die Führung der Islamischen Republik zum Einlenken auf.

## Weltbild macht großes Weihnachtsgeschäft

Der Internethandel des Augsburger Medienkonzerns Weltbild hat am 2. Adventswochenende sein „bestes Weihnachtsgeschäft“ aller Zeiten gemacht. Allein im Vergleich zum Vorjahr sei ein Umsatzplus von 30 Prozent erzielt worden, wie Weltbild in Augsburg mitteilte. Besonders großer Nachfrage hätten sich das neue Interviewbuch mit Papst Benedikt XVI. „Licht der Welt“ und die Anthologie „Einfach nur leben!“ mit ausgewählten Texten des Benediktinerpaters Anselm Grün erfreut.

In vierstelliger Stückzahl sei außerdem ein über-großformatiger Bildband über 2.000 Jahre christliche Kunst bestellt worden, heißt es in der Mitteilung weiter. Das Werk wiegt elf Kilo und kostet 150 Euro. Der Vorsitzende der Weltbild-Geschäftsführung, Carel Halff, sagte, der gute Geschäftsverlauf sei sicherlich zum großen Teil konjunkturbedingt. Zugleich aber spiele wohl auch die Suche nach Sinn und Orientierung bei der Auswahl von Geschenken für den Gabentisch wieder eine bedeutende Rolle.

## Ethiker Mieth gegen weitere Wikileaks-Veröffentlichungen

Der Tübinger Ethiker Dietmar Mieth ist gegen weitere Wikileaks-Veröffentlichungen. „Das meiste ist Diplomaten-Smalltalk. Und mich interessiert nicht die Bohne, was der amerikanische Botschafter vom deutschen Außenminister hält.“ Es sei einfach „indiskret, unnötig und peinlich - genauso wie das Interesse der Öffentlichkeit daran“, so Mieth in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Am Donnerstag wird der in Rottenburg lebende katholische Moralthologe 70 Jahre alt.

## Kirchenzeitungsverlag in Köln startet Buchreihe „Edition K“

Mit dem Band „Der heilige Pfarrer von Ars“ hat der Kölner Kirchenzeitungsverlag sein neue Buchreihe „Edition K“ gestartet. Darin setzt sich der ehemalige Chefredakteur der Kölner Kirchenzeitung, Prälat Erich Läufer, mit dem Leben des französischen Priesters Johannes Mari Vianney (1786-1859) auseinander. Der in der Nähe von Lyon geborene Geistliche gilt als Patron der Pfarrer und Musterbeispiel eines engagierten Gemeindegeldesorgers. Er wurde von Papst Pius XI. am 31. Mai 1925 heiliggesprochen.

Die Buchreihe „Edition K“ erscheint im Verlag der Kölner Kirchenzeitung „J.P. Bachem Media GmbH“ unter der Leitung von Martin Lohmann. Das „K“, das mit den drei Kronen der Heiligen Drei Könige verziert ist, steht nach Angaben des Verlags für die Begriffe „Katholisch, Kompetent und Konkret“. Die in der „Edition K“ erscheinenden Bücher sollen „Mut zum Glauben“ machen, so der Herausgeber.

## INTERNATIONAL

### Papstmessen nun weltweit live im Internet

Seit Weihnachten sind liturgische Feiern des Papstes live im Internet und auf Smartphones abrufbar. Auf drei vatikanischen Webseiten seien dann Papstbotschaften mit Kommentaren in sechs Sprachen verfügbar, darunter auch Deutsch, teilte Radio Vatikan am Mittwoch mit. Die auf [www.radiovaticana.org](http://www.radiovaticana.org) und den Seiten [www.pope2you.net](http://www.pope2you.net) und [www.pccs.va](http://www.pccs.va) des päpstlichen Medienrates angebotenen Inhalte seien mit erhöhter Geschwindigkeit und einem perfekten Bild auch auf iPhones abzurufen, hieß es weiter. Dazu werde die Technologie des „smooth streaming“ genutzt, die die Videos flüssig bis hin zur Auflösung in HD erlaube.

Zusätzlich zu den TV-Bildern, die das Vatikanfernsehen CTV zur Verfügung stellt, können Nutzer künftig Live-Kommentare in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch und Spanisch wählen. Zusätzlich werde die Christmette an Heiligabend auf Chinesisch und der Neujahrgottesdienst zum Weltfriedenstag auf Arabisch kommentiert. Den Angaben zufolge können neben Videos auch Audio-Angebote des vatikanischen Radios abgespielt werden.

### „Osservatore-Chef: Wikileaks bringt „keine Enthüllungen“

Der Vatikan betrachtet die Veröffentlichung von US-Botschaftsdepeschen durch die Internetplattform Wikileaks mit Gelassenheit. „Die Dokumente sind zwar gestohlen, aber sie enthalten praktisch keine Enthüllungen“, betonte der Chefredakteur der Vatikanzeitung „Osservatore Romano“, Giovanni Maria Vian, in einem Interview mit der Turiner „La Stampa“ (Sonntag). Die bekanntgewordenen Diplomatenberichte zeugten von wenig Initiative seitens der Autoren, die in erster Linie Einschätzungen italienischer Medien abgeschrieben hätten. Ausdrücklich wandte sich Vian gegen die Behauptung einer schwachen Führung im Vatikan. Diese Aussage sei „unbegründet, auch wenn sie verbreitet ist und immer wieder von Menschen wiederholt wird, die den Heiligen Stuhl als unzeitgemäßes Organ bezeichnen“, so der Chefredakteur. Auch seien der Vatikan und seine Behörden kommunikationstechnologisch gut ausgestattet. Über Wikileaks veröffentlichte Depeschen aus der US-Botschaft beim Heiligen Stuhl hatten den Vatikan als „kryptisch und antiquiert“ beschrieben. Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone sei ein bloßer „Ja-Sager“, der kein Englisch spreche und zu oft außerhalb von Rom unterwegs sei. Viele Führungspersonlichkeiten in der Kir-

chenleitung besäßen nicht einmal eine eigene E-Mail-Adresse. Vatikansprecher Federico Lombardi habe zwar ein Blackberry, aber keinen direkten Zugang zum Papst, so die Berichte.

### Sektenkirche gegen Google: Kirchenfeindliche Videos entfernt

Der Internet-Gigant Google hat eingewilligt, Videos zu sperren, die eine brasilianische Pfingstkirche verleumdete. Das berichteten brasilianische Medien am Mittwoch. Die „Igreja Universal do Reino de Deus“ (IURD), auch kurz „Universal“ genannt, hatte Google wegen der auf dem Videoportal YouTube verbreiteten Filme verklagt. Mit Googles Zusage zur Löschung der Videos wurde der Prozess nun eingestellt.

Google Brasil verpflichtete sich den Berichten zufolge zudem, „Universal“ die Identität der Urheber der betreffenden Videos offenzulegen. Auch müsse Google die Prozesskosten von umgerechnet rund 1.000 Euro tragen. Über den genauen Inhalt der Videos oder deren Urheber wurde nichts bekannt. Die Filme seien mittlerweile gelöscht, so der Internet-Anbieter. Die „Universal-Kirche“ gehört mit Millionen Anhängern zu den größten Pfingstkirchen Brasiliens. Weltweit ist die 1977 gegründete Gemeinschaft nach eigenen Angaben in 170 Ländern aktiv. Ihre politischen Vertreter im Nationalkongress gehören zu den Partnern der scheidenden Regierung von Staatspräsident Luiz Inacio Lula da Silva.

### Belgische Zeitung bläst Suche nach den leersten Kirchen ab

Eine belgische Tageszeitung hat ihre Suche nach den angeblich leersten Kirchen des Landes abgesagt. Die katholische Kirche hatte die „Voreingenommenheit“ des Blattes kritisiert, wie belgische Medien berichteten. In einer Mail an die lokalen Korrespondenten

hatte die Redaktionsleitung von „Het Nieuwsblad“ dazu aufgerufen, am Sonntag die Gottesdienste zu besuchen und die Kirchgänger zu zählen. Am Montag hätten dann „die leersten Kirchen Flanderns“ gezeigt werden sollen. Das Blatt räumte ein, man habe einen Fehler begangen. Wie das kirchliche Internetportal „Kerknet“ berichtet, sollten die Zeitungsmitarbeiter für die Aktion ein Sonderhonorar erhalten. In Gemeinden mit mehreren Gotteshäusern sollten sie die Kirche aufsuchen, in denen sich nach ihrer Einschätzung die wenigsten Gläubigen versammeln. Ziel sei, die Entkirchlichung zu beleuchten, zitiert „Kerknet“ aus der Vorgabe. Die Kirche kritisiert, es handele es sich nicht um objektiven Journalismus.

### Mucharski wird Chef von katholischer Wochenzeitung

Piotr Mucharski (51) wird neuer Chefredakteur der polnischen liberalen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“. Mucharski arbeitet seit 1988 für das in Krakau erscheinende Intellektuellenblatt, anfangs als Korrektor, dann als technischer Redakteur. Er ist Autor mehrerer Bücher und TV-Sendungen.

Trotz einer Umstellung auf Zeitschriftenformat sorgt sich die „Allgemeine Wochenzeitung“ mit einer verkauften Auflage von aktuell 21.000 Exemplaren um ihre Zukunft. Der Warschauer Medienkonzern ITI, der rund 53 Prozent der Anteile hält, leidet unter den sinkenden Werbeeinnahmen des größten privaten Fernsehsenders TVN. Die von Bistümern herausgegebenen Wochenzeitschriften „Gosc Niedzielny“ und „Niedziela“ haben zwar eine viel höhere Auflage als „Tygodnik Powszechny“. Das Krakauer Traditionsblatt durfte aber den späteren Papst Karol Wojtyla (1920-2005) und den Schriftsteller Stanislaw Lem (1921-2006) zu seinen Stammautoren zählen.



## ZU MEINEM ÄRGER

*Worüber haben Sie sich zuletzt in den Medien so richtig geärgert?*

Ausufernde Wetterberichterstattung ist nervig und ärgerlich. Sie nimmt zuviel Platz ein. Erst die niedergeschriebenen Erfahrungsberichte und Reportagen machen das Elend und die Ohnmacht der Betroffenen deutlich.

*An welcher journalistischen Leistung konnten Sie sich jüngst erfreuen?*

Ich halte die Plattform „The European“ für ein journalistisches Gesamtwerk und eine Superleistung, dort wird der Debatte und der Meinung ausreichend Platz eingeräumt.

Eine Freude wie immer zu Weihnachten: Alexander Osang's Weihnachtsgeschichte in der Berliner Zeitung, diesmal unter anderem aus der Hedwigskathedrale in Berlin.

*Wie reagieren Sie Ihren Ärger ab?*

Selektion ist das Stichwort: Weniger Fernsehen, immer mehr Internet, eine lange Liste von Lesezeichen und Favoriten abarbeiten und lesen in allen Lebenslagen. Dem Ärger und der

schlechten Qualität geschickt aus dem Weg gehen, das hilft.

Andreas Herzig

Leiter der Stabsstelle Medien und Rundfunkbeauftragter des Erzbistums Hamburg

Alle früheren »Zu meinem Ärger«-Interviews finden Sie im Internet: [www.gkp.de](http://www.gkp.de)





## DEUTSCHLAND

### Studie: TV-Nachrichten über Terror schüren Angst vor Muslimen

Die TV-Nachrichten über Terrorismus fördern nach einer neuen Studie teilweise die Angst vor Muslimen. Vor allem die Berichterstattung der Privatsender könne dazu führen, dass die Zuschauer permanent eine unspezifische Bedrohung empfinden, erklärte die Universität Jena.

Die Studie unter dem Titel „Inszenierter Terrorismus“ stammt von einem Team von Jenaer Kommunikationswissenschaftlern. Sie analysierten die Hauptnachrichten von ARD, ZDF, RTL und SAT1 zwischen August 2007 und Februar 2009. Zudem interviewten sie dazu 100 Zuschauer.

Die Untersuchung ergab, dass die Privatsender ihre Beiträge über Terrorismus „stärker dramatisieren und visualisieren“, als dies bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten der Fall sei. Allerdings habe sich das ZDF im Unterschied zur ARD den Privaten stark angenähert. So reagierten die Zuschauer viel wütender, wenn ein Beitrag zunächst brückenbauende Soldaten zeige und dann Anschlagopfer, als wenn dies umgekehrt erfolge. Die Jenaer Wissenschaftler empfahlen den Medien, bei der Darstellung des Terrorrisikos deutlich zu machen, dass die Gefahr bislang von kleinen Gruppen ausgehe.

### Fernsehgala bringt 2,4 Millionen Euro für kirchliche Hilfswerke

Spendenrekord bei Carmen Nebels Fernsehgala „Die schönsten Weihnachtshits“: Bislang kamen bei der am Mittwochabend im ZDF ausgestrahlten Sendung mehr als 2,4 Millionen Euro für die beiden kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt zusam-

men. Wie der Mainzer Sender mitteilte, lag die Gesamtsumme damit nochmals knapp eine Million Euro über dem Ergebnis von 2009 (mehr als 1,5 Millionen Euro). 2010 verfolgten laut ZDF 4,32 Millionen Menschen die Benefizshow mit Stars wie Chris de Burgh und Roland Kaiser.

### Medienanstalt geht wegen „Radio Paradiso“-Urteil in Berufung

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg geht juristisch gegen die vorläufige gerichtliche Sendeerlaubnis für „Radio Paradiso“ vor. Sie beschloss, einen Antrag auf Zulassung der Berufung zu stellen. Dies erfolgte nach der Auswertung der schriftlichen Begründung der Richter des Berliner Verwaltungsgerichts, teilte der zuständige Medienrat mit. Die Richter hatten im November entschieden, dass „Radio Paradiso“ gegen den Willen der Medienanstalt vorerst auf seinen bisherigen Frequenzen weiter senden darf.

Der Medienrat hatte im Mai beschlossen, die Frequenzen von „Radio Paradiso“ dem Sender „Oldiestar“ zuzuteilen, weil der Sender einen zu geringen Wortanteil im Programm habe. Das Gericht wertete die Entscheidungsgrundlagen für den Lizenzentzug jedoch als fehlerhaft. Seine einstweilige Sendeerlaubnis für „Radio Paradiso“ gilt so lange, bis der Medienrat neu über die Frequenzvergabe entschieden hat. Hauptgesellschafter von „Radio Paradiso“ sind die Evangelische Darlehnsge nossenschaft in Kiel und das Berliner Immanuel-Krankenhaus. Die EKD Media GmbH hält ebenfalls Anteile. Das Erzbistum Berlin kooperierte bis 2003 mit „Radio Paradiso“. Seit einigen Wochen arbeitet der Sender mit dem katholischen Kölner „domradio“ zusammen.

### Kurt Beck gegen das ZDF

Am 27. November 2009 blockierte der unionsdominierte ZDF-Verwaltungsrat unter Führung von Hessens damaligem Regierungschef Roland Koch (CDU) die Vertragsverlängerung für den damaligen Chefredakteur Nikolaus Brender. Als Folge ruft nun fast genau ein Jahr später der Vorsitzende dieses Verwaltungsrats, der rheinland-pfälzische SPD-Ministerpräsident Kurt Beck, das Bundesverfassungsgericht an. Der Ministerrat in Mainz beschloss an diesem Dienstag einen Antrag auf Normenkontrolle, den der Kölner Medienrechtler Karl-Eberhard Hain vorgelegt hat. Die Richter sollen den ZDF-Staatsvertrag prüfen. Es könnte sich mehr ändern, als vielen in der Politik, vielleicht auch Beck, lieb ist.

Das ZDF-Gesetz legt fest, wie Parteien und gesellschaftliche Gruppen in der Senderaufsicht vertreten sind. Hain sieht den Anteil von Parteien und Staat im Fernsehrat bei 46 Prozent. Im Verwaltungsrat, der wichtigen Personalien zustimmen muss, liege die Staatsquote bei mindestens 43 Prozent - ein Drittel gelte als verträglich.

Nach heutigem Rechtsverständnis sei das ZDF-Gesetz nicht mehr verfassungsgemäß, heißt es aus Mainz. Für Beck wird es eine Rolle gespielt haben, dass seit Februar ein konkurrierender Antrag der Bundestagsfraktionen von Grünen und den Linken in der Schublade liegt, verfasst vom Mainzer Medienrechtler Dieter Dörr. „Endlich wagt auch Kurt Beck den Gang nach Karlsruhe“, erklärten die Grünen nun und grüßten: „Willkommen an Bord, Kurt Beck!“

Mit dem Grünen-Plan sympathisierte früh die SPD-Bundestagsfraktion; ihre Stimmen hätten das erforderliche Quorum gesichert - aber man hielt sich zurück und ließ Beck den Vortritt. Nun wird seit kurzem zwischen Grünen und SPD verhandelt, um auch

noch den Antrag aus dem Bundestag auf den Weg zu bringen. Die Grünen könnten im kommenden Jahr medienpolitisch wichtig werden. Sollte die Partei dann in einem Bundesland den Ministerpräsidenten stellen, würde sie auch an den Rundfunkgesetzen mitwirken; Beschlüsse dazu erfordern Einstimmigkeit. 2-Sendung, die von der Ministergattin Stephanie zu Guttenberg beworben wird. Unter anderem fordern die bayerischen Grünen die Absetzung von Tatort Internet. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter verteidigt das Format indes als ‚hilfreich für den Bürger‘.

## Kartellamt weist dapd-Beschwerde zurück

Der dapd ist mit seinem Vorhaben bis auf Weiteres gescheitert, das Bundespresseamt zur Ausschreibung seiner Nachrichtenagentur-Abos zu zwingen. Wie MEEDIA erfahren hat, hat das Bundeskartellamt eine entsprechende Beschwerde der dapd gerade zurückgewiesen. Damit bleibt beim Bezug von dpa und Co. durch die Bundesregierung erst einmal alles beim Alten: Ihre PR-Stelle kann der dpa auch künftig ein Vielfaches von dem bezahlen, was sie dem neuen dapd anweist.

Die Verträge des Bundespresseamtes sehen allein für das laufende Jahr 2010 vor, dass die dpa 2,8 Millionen Euro für ihre Fotos und Texte erhält, der dapd indes lediglich etwa 804.000 Euro. Das wollte der dapd, der im September aus den ehemaligen ddp und AP-Deutschland hervorgegangen war, nicht hinnehmen. Jetzt ging den Beteiligten - zu denen auch alle Wettbewerber des dapd zählen - der Beschluss zu. Sinngemäß sieht das Bundeskartellamt demnach derzeit keine Ausschreibungspflicht für die Agenturabos des Bundespresseamtes, weil das Amt alle infrage kommenden Nachrichtenagenturen bezieht - und damit keine Selektion vornimmt.

## Regierung plant neues Leistungsschutzrecht

In einem Eckpunktepapier für ein geplantes Leistungsschutzrecht hat Kulturstaatsminister Bernd Neumann, CDU, bessere Rahmenbedingungen für Presseverlage gefordert. Sie sollen so ihre Rechte im Internet durchsetzen können; dies solle auch „den Journalisten als den Urhebern“ zugute kommen. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger war erfreut, dass sich der Staatsminister „vorbehaltlos für ein Leistungsschutzrecht für Verleger ausspricht. Die Forderung nach einem solchen Recht wird von Seiten der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger ja schon seit längerer Zeit erhoben.“

## Das Erste strukturiert sein Programm um

Die ARD-Intendanten haben eine neue Programmstruktur beschlossen. Demzufolge werden ab Herbst 2011 durch den Zugang von Günther Jauch und seine Sendung am Sonntag fast alle anderen Talkformate auf neue Sendeplätze verlegt. „Anne Will“ wird auf den Mittwochabend ausweichen, „Hart aber fair“ läuft künftig montags, nur Sandra Maischberger behält ihren Dienstagabend. Zudem werden die „Tagesthemen“ von Montag bis Donnerstag einheitlich um 22.15 Uhr beginnen.

Auch das „Nachtmagazin“ soll einen festen Sendetermin um Mitternacht erhalten, um somit gemeinsam mit den „Tagesthemen“ ein verlässliches Gerüst an aktuellen Nachrichtensendungen über den gesamten Tagesverlauf im Ersten zu bieten, wie die ARD mitteilte.

Dokumentationen werden künftig montags nach den „Tagesthemen“ ausgestrahlt. Die politischen Magazine „Report aus Mainz“ und „Report aus München“ sowie „Fakt“ weichen auf den Dienstag aus. Am Mittwoch läuft das Wirtschaftsmagazin „Plusminus“

um 21.45 Uhr. Im Anschluss an die „Tagesthemen“ talkt dann Anne Will, auf dem gleichen Sendeplatz am Donnerstag folgt „Beckmann“. Günther Jauch wird ab Herbst 2011 nach dem sonntäglichen „Tatort“ bzw. „Polizeiruf 110“ eine politische Talk-Sendung moderieren.

„Die Talks im Ersten werden auch im neuen Programmschema ihr eigenes klares Profil haben“, so Volker Herres, Programmdirektor Erstes Deutsches Fernsehen. „Dazu gehört selbstverständlich eine sinnvolle Abstimmung von Themen und bei der Gästewahl.“ Für das kommende Jahr seien zwölf 90-minütige Dokumentarfilme geplant, die montags um 22.45 Uhr und damit 45 Minuten früher präsentiert werden. (Meedia Newsletter 01.1.2011)

## Ein Blick in die Zukunft des neuen RM

Bei der ZEIT in Hamburg gibt man sich größte Mühe, den Eindruck zu vermeiden, der Große wolle bald den Kleinen schlucken. Patrik Schwarz soll die Zusammenarbeit mit Hamburg koordinieren.

„Die alten Stärken des Merkurs“ sollen „neu zur Geltung“ kommen, sagt Chefredakteur di Lorenzo - das Nachdenken über Glaube, Geist und Gesellschaft. Der ambitioniert gemachte Dummy zeigt Papst Benedikt, bringt eine Analyse der Grünen, beschäftigt sich mit dem neuen Ratsvorsitzenden der evangelischen Kirche, Nikolaus Schneider. So sollen die Stammler bleiben, vielleicht sogar neue dazukommen. Das Interesse an Religion ist ja da. Nur: Ob die Merkur-Leser mitmachen, ist nicht ausgemacht. Sie sind ihrem Blatt in Treue verbunden - „promoviert und pensioniert“, so der Branchenspott. Sie könnten sich sehr an der ZEIT stoßen, dem aus ihrer Sicht linken Blatt. Auch bleibt die Rolle der Bischöfe unklar, die immer noch Besitzer des Merkurs sind. Was werden sie sagen, wenn ein ZEIT-Leitartikel für

die Freigabe der Präimplantationsdiagnostik plädiert? Muss dann bei Christ und Welt die Gegenmeinung stehen? „Man kann kein Blatt gegen die Leser machen“, sagt der ZEIT-Chefredakteur. Das aber wird sich kaum vermeiden lassen.

Die Konkurrenz sieht das auch so. In der letzten Ausgabe des Rheinischen Merkurs wirbt die konservative Tagespost aus Würzburg: „Bevor sie mit der Zeit gehen, testen sie die katholische Alternative.“ (SZ 30.11.2010 - Auszug -)

## Zeitungsverleger attackieren die ARD-Apps

Die Zeitungsverleger erwarten für 2010 bei den Anzeigenumsätzen eine so genannte ‚schwarze Null‘, also weder Gewinn noch Verlust. Der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Helmut Heinen, prognostiziert einen Anstieg der Gesamtumsätze: Tageszeitungen erwirtschafteten „mittlerweile mehr Einnahmen aus dem Vertrieb als aus dem Anzeigengeschäft“. Für das Jahr 2011 sei auch am Anzeigenmarkt ein Plus wahrscheinlich. Wie schon die Zeitschriftenverleger kritisiert Heinen die gebührenfinanzierten mobilen Diensten von ARD/ZDF. Die neue Tagesschau-Anwendung (App) verstoße gegen geltendes Recht. „Wenn man nur alle Texte eines Tages von dieser App ausdrucken würde, ergäbe das schon eine dicke Zeitung“, sagte Heinen. Mit Grundversorgung habe das überhaupt nichts mehr zu tun.

## Von den unterschiedlichen Möglichkeiten, cross-medial zu veröffentlichen

Etwa zwei Drittel der im Hanser-Verlag erscheinenden Titel gibt es als Hörbücher; Hanser gehörte vor zehn Jahren zu den Gründern des Hör-

verlags. 60 Prozent der literarischen Werke erscheinen auch als E-Books, die aber nur über ein externes Partnerunternehmen vertrieben werden. Am Umsatz haben beide Sparten bisher lediglich einen Anteil von einem, beziehungsweise drei Prozent. „Sollte sich das E-Book in Deutschland durchsetzen, bedeutete das für uns ein völliges Umdenken“, sagt Michael Krüger, Verlagsleiter des Carl Hanser Verlags. Ganz wohl scheint ihm bei dem Gedanken nicht zu sein. Trotzdem sei es „natürlich“ fatal, sich als Verlag dieser Entwicklung zu verwehren: „Ein Verlag ist eine Agentur, wir arbeiten im Dienste der Autoren. Wir verpflichten uns, alle Möglichkeiten der Vermarktung auszuschöpfen.“ Und eine Nachfrage für die neuen Produkte gebe es nun einmal. Einer wie Krüger muss sich heute laufend entscheiden: Investiere ich in eine neue Technologie, oder lieber nicht? Falls ja, wird es in jedem Fall teuer und kann schiefgehen, wenn sich die neue Technik nicht durchsetzt. Falls nein, verschläft er vielleicht einen Trend und verliert seine Position im Wettbewerb.

Bei der ARD hat man es einfacher: Die öffentlich-rechtliche Anstalt ist vor allem deshalb im digitalen Wandel weit vorne dabei, weil sie es sich leisten kann. Weil sie zum Beispiel im vergangenen Jahr fünfzehn Milliarden Euro an Gebühren bekommen hat. Deshalb musste Hörfunk-Korrespondent Mark Kleber sein neues Handy auch nicht selbst bezahlen. Überhaupt spielt Geld hier eine vergleichsweise geringe Rolle: „Über Geschäftsmodelle habe ich nicht nachzudenken“, sagt Deppendorf. Er könne das Geld einfach ausgeben. Denn es ist nicht zuletzt die Methode „Trial and Error“, die mitunter zu den besten Ergebnissen führt: Probieren wir das mal aus. Das dachte Deppendorf wohl auch Mitte der neunziger Jahre, als er tagesschau.de in Hamburg

„anleierte“. Heute ist das Nachrichtenportal ein Aushängeschild des Ersten. Mit eigenem Korrespondentenbüro in Berlin, klar. Das liefert am Tag bis zu sechs Artikel fürs Portal. Vom alten Konkurrenzdenken zwischen den Mediengattungen hält Deppendorf wenig: „Wir bilden zusammen eine einzige Redaktion.“ Verlagsleiter Krüger gibt zu, er müsste eigentlich mehr wissen über die Möglichkeiten, sein Angebot im Netz zu vermarkten. Er ist nicht nur Chef eines Literaturverlages, bei Hanser entstehen auch viele technische Fachpublikationen, Magazine etwa mit prosaischen Titeln wie Mikroproduktion oder Kunststoffe. Zu den Heften gibt es Websites, kunststoffe.de zum Beispiel. Auf der Seite wird auch mit Hilfe eines Web-TV-Kanals informiert, so über PET-Flaschen oder Plasmabeschichtungen von Produkten. Auch bei Hanser muss man im Netz den Rückgang von Druckauflagen kompensieren: Wurden 1998 noch knapp 6000 Exemplare von Kunststoffe verkauft, sind es heute knapp 3000.

Der Hanser Literaturverlag hat eine Homepage, auf der sowohl das Verlagsprogramm als auch Meldungen aus dem Literaturbetrieb zu finden sind. Es gibt eine Facebook-Seite mit knapp 1100 Fans, sie verlinkt zu Rezensionen und Veranstaltungen des Verlags. Das ist alles in allem: nicht mehr als nötig.

Das Familienunternehmen hat nicht, wie Random House, einen Konzern hinter sich, Bertelsmann. Zu Bertelsmann gehören auch der Presseverlag Gruner + Jahr und die RTL Group - Häuser, in denen schon in ganz anderem Maße crossmedial gearbeitet wird. Wer bei Random House auf der Website ein gedrucktes Buch sucht, bekommt automatisch einen Link mitgeliefert zum Angebot des entsprechenden E-Books. Ein Inhalt, viele Verbreitungswege: Die Kunden dürfen und sollen entscheiden, was sie wollen und woher



sie es beziehen.

Für Medienhäuser wie das Berliner ARD-Studio bedeutet diese Erkenntnis, dass man als Journalist zunächst Nachrichten produziert. In welchem Medium diese dann erscheinen, ist nachrangig. (SZ 15.12.2010)

## BDZV-Chef Heinen kritisiert Wikileaks

BDZV-Präsident Helmut Heinen hat sich in einem dpa-Interview kritisch zu den Wikileaks-Veröffentlichungen geäußert. Journalisten seien zwar immer wieder auf geheime Quellen angewiesen, die Internet-Plattform nehme aber eine Sonderstellung ein, „weil die pure Masse der veröffentlichten Dokumente suggeriert, hier handle es sich unbedingt um ‚Wichtiges‘“, sagte Heinen. Dennoch gebe es Informationen, die bewusst nicht veröffentlicht würden, um Menschenleben zu schützen. Diese Verantwortung habe Wikileaks ignoriert.

## Wikileaks: Beschwerde gegen den Spiegel

Die Journalistin und Buchautorin Christiane Schulzki-Haddouti hat beim Presserat eine Beschwerde gegen den Spiegel eingereicht. Darin beklagt sie den Exklusivvertrag zwischen dem Nachrichtenmagazin und Wikileaks bei den geleakten Botschafts-Depeschen. So seien bis heute erst 1.344 von 251.287 Berichten veröffentlicht worden. „Andere Redaktionen und freie Journalisten können sich mangels Zugang kein eigenes Bild verschaffen.“ Zu MEEDIA sagte sie: „Komplexe Fachthemen bleiben so unzugänglich.“

In ihrem Blog begründet die Buchautorin, weshalb sie beim Presserat gegen den Spiegel vorgeht: „Laut Richtlinie 1.1 des Pressekodex‘ darf die ‚Unterrichtung der Öffentlichkeit über Vor-

gänge oder Ereignisse, die für die Meinungsbildung wesentlich sind‘, ‚nicht durch Exklusivverträge mit den Informanten oder durch deren Abschirmung eingeschränkt oder verhindert werden‘. Denn damit schließt derjenige, der ‚ein Informationsmonopol anstrebt‘, ‚die übrige Presse von der Beschaffung von Nachrichten dieser Bedeutung aus und behindert damit die Informationsfreiheit.“

Die Journalistin fordert, dass der exklusive Zugang für den Spiegel im deutschsprachigen Raum aufgehoben wird. Sonst sei die Hamburger Redaktion „in der Lage über einen langen Zeitraum hinweg Agenda-Setting zu betreiben“. (Meedia Newsletter 13.12.2010)

## Bauer tritt aus Verlegerverband aus

Die Bauer Media Group reagiert auf die heftige Verbandskritik im Grosststreit und kündigt „mit sofortiger Wirkung seine VDZ-Mitgliedschaft im Fachbereich Publikumszeitschriften“. Der Hamburger Verlag wirft dem Verleger-Verband vor, dass Bauer „ohne sachlichen Grund in der Öffentlichkeit diskreditiert wurde und der VDZ in den Wettbewerb eingegriffen hat“ und bezog sich damit auf eine Erklärung des Verbandes vom 26. November.

Seit Wochen wirbt der Bauer Verlag für eine bessere Zeitschriftenplatzierung der umsatzstarken Titel im Lebensmitteleinzelhandel. Zudem forderte Bauer eine stärkere Konzentration auf die Presse-Top-Seller. Argument: Dies komme der Umsatzentwicklung insgesamt zugute.

Die erste Reaktion kam vom Arbeitskreis Mittelständischer Verlage. Dieser kritisierte, die „Regaloffensive“ berühre die Interessen von Special Interest Zeitschriften „mit qualitativ hochwertigen Inhalten und anspruchsvollen Copypreisen.“ Dies würde die Vielfalt

der Zeitungs- und Zeitschriftentitel gefährden.

Der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger bedauert den Austritt der Bauer Media Group, immerhin eines seiner größten Mitglieder, ist in der Sache jedoch nicht bereit, auf die Hamburger zuzugehen. VDZ-Geschäftsführer Wolfgang Fürstner erklärte am Mittag, dass „bei der Positionierung des Bauerverlags gegenüber der Verlagsgemeinschaft in Vertriebsfragen trotz intensiver Anstrengungen jetzt kein gemeinsamer Nenner zu erreichen“ war. „PZ und VDZ zeichnet es aus, Sprecher der gesamten Branche zu sein. Der Bauer-Verlag hat sich als Teil der Gemeinschaft verstanden und hat sich in deren Arbeit engagiert eingebracht; deswegen ist dieser Schritt bedauerlich“, kommentiert Wolfgang Fürstner, Hauptgeschäftsführer des VDZ. (Meedia Newsletter 06.12.2010)

## DJV-Chef Michael Konken kritisiert Medienhäuser

Der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken hat in einem offenen Brief alle Journalisten dazu aufgerufen, den Wert ihres Berufs sowie den Wert des Journalismus im Allgemeinen zu verteidigen. „Das wird aber nur funktionieren, wenn wir alle gemeinsam für die Sache des Journalismus einstehen“, schreibt Konken. Der Berufsalltag werde immer schwieriger, wozu auch die neuesten Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften beitragen, die den Journalistenberuf abwerteten.

Die Vereinbarungen sehen folgende Änderungen vor: weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld, weniger Kaufkraft in den nächsten drei Jahren und ein Dumping-Tarifvertrag für die Nachwuchsjournalisten. „Das kann nicht die Zukunft des Journalismus in Deutschland sein! Sie sind nicht Jour-

nalistin oder Journalist geworden, um unter sich kontinuierlich verschlechternden Bedingungen immer mehr zu arbeiten“

Sowohl der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger als auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger hätten deutlich gemacht, dass sie über ihre Forderungen nicht mit sich reden ließen. Als Gründe dafür werde eine Notsituation der Verlage vorgeschoben. Konken: „Richtig ist: Das Jahr 2009 bescherte Verlagen zum Teil drastische Einbrüche im Anzeigengeschäft und Rückgänge bei den Auflagen. Richtig ist aber auch, dass die wirtschaftliche Talsohle durchschritten ist, dass es wieder aufwärts geht und dass sehr viele Verlage nach wie vor ansehnliche Renditen erwirtschaften.“

Die Rendite sei in vielen Medienhäusern das einzige, das zähle. „Qualitätsjournalismus soll nichts mehr kosten, die Redaktionen werden zu Kostenstellen degradiert. Dass die Verlage mit dieser Geschäftspolitik nicht nur den Journalistinnen und Journalisten, sondern auf Dauer auch der Akzeptanz ihrer Zeitungen und Zeitschriften und damit den eigenen wirtschaftlichen Erlösen schaden, ignorieren die Verlagsmanager“, heißt es in dem Brief. (Meedia Newsletter 29.12.2010)

## Augsburger Mediengruppe übernimmt ‚Main-Post‘

Die Augsburger Mediengruppe Pressedruck (Augsburger Allgemeine) übernimmt von der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck die Main-Post in Würzburg. Das teilten beide Häuser mit. Zur Mediengruppe Main-Post zählen neben dem Mutterblatt (Verkaufsaufgabe: 130000 Stück) das Schweinfurter Tagblatt, der Bote vom Haßgau, das Volksblatt und die Volkszeitung. Alexandra Holland, Geschäftsführerin der Mediengruppe Pressedruck und Mit-

herausgeberin der Augsburger Allgemeinen (Verkaufsaufgabe der Hauptausgabe: 97000) sprach von zwei ‚gesunden und profitablen Zeitungshäusern‘. Stefan von Holtzbrinck, Vorsitzender der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, nannte die Mediengruppe Pressedruck einen ‚starken und angesehenen Eigentümer‘. Das Kartellamt muss zustimmen, über den Preis wurde Stillschweigen vereinbart.

Vor wenigen Tagen ist die langjährige Verlegerin der Augsburger Allgemeinen, Ellinor Holland, im Alter von 82 Jahren gestorben.

## Korruptionsaffäre Kika: Der MDR sucht mögliche Mittäter

Marco K., der einstige Herstellungsleiter des Kinderkanals Kika, sitzt zurzeit als Untersuchungshäftling ein. Wie die zuständige Staatsanwaltschaft in Erfurt berichtet, schweigt er eisern zu den Vorwürfen, die gegen ihn erhoben werden. Rund vier Millionen Euro soll der 43-jährige nach den Ermittlungen der Strafverfolger seit 2005 durch Luftrechnungen einer Berliner TV-Firma beim Kika in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. Insgesamt dürfte der Schaden, den er dem von ARD und ZDF gemeinsam betriebenen Kinderkanal zugefügt haben soll, weit höher liegen. Beim Mitteldeutschen Rundfunk, der für den Kika federführenden Anstalt, geht man von möglichen Veruntreuungen in Höhe von sieben Millionen Euro aus. Denn den Untersuchungen zufolge pflegte Marco K. bereits vor 2005 regen Geschäftsverkehr mit der Berliner TV-Dienstleistungsfirma Koppfilm, deren einstiger Geschäftsführer die Ermittlungen durch eine Selbstanzeige ausgelöst hatte. Diese Vorgänge interessieren jedoch die Staatsanwälte nicht, da sie strafrechtlich als verjährt gelten. Hingegen haben Experten aus den Revi-

sionsabteilungen von MDR und ZDF damit begonnen, im Sendehaus des Kinderkanals in Erfurt jede Rechnung umzudrehen: Bei den hausinternen Untersuchungen geht es darum, herauszufinden, wie es kommen konnte, dass ein einziger TV-Mitarbeiter über Jahre hinweg unbemerkt so viel Geld in die eigene Tasche schaffen konnte, dass er den wohl größten Betrugsfall in der Geschichte der öffentlichen-rechtlichen Medien auslöste.

„Er kannte jeden Winkel, jeden Strang der Befehlshierarchie“, beschreibt MDR-Intendant Udo Reiter die Stellung von Marco K. im Sender, und K. habe seine Kenntnisse wohl „rücksichtslos ausgenutzt“.

Der Herstellungsleiter hatte leichtes Spiel mit den Luftrechnungen der Koppfilm, wie der MDR heute einräumt. Die Rechnungssumme soll er sich jeweils mit der Firma geteilt haben. Zwar habe Marco K., dessen Anwalt auf Anfrage keine Stellung zu den Vorwürfen nehmen wollte, zuletzt immer kleinere Rechnungen vorgelegt. Indes sei der Kreis von Mitarbeitern, die mitzeichnen durften, stets derselbe gewesen, heißt es beim MDR. Auch unter ihnen wird nun geprüft, ob es Mittäter gab.

## Openleaks: Konkurrenz für Wikileaks

Die Ex-Wikileaks-Mitglieder Daniel Domscheit-Berg und Herbert Snorrason starten ihr Portal Openleaks. Kein Wikileaks-Klon, sondern grundlegend anders aufgebaut. Ein sogenannter „to-ter Briefkasten“. Mitbegründer Snorrason: Der wichtigste Unterschied ist, dass wir selbst nichts veröffentlichen, nicht einmal Dokumente empfangen. Wir bauen nur ein sicheres Computer-Netzwerk, eine Art elektronischer Briefkasten. In den kann jeder brisante Dokumente werfen und selbst bestim-

men, wer die Papiere bekommen soll.“ Openleaks fungiert also nicht als Plattform, sondern als technischer Unterbau. Der Rest liegt in der Hand der Informanten und Kooperationspartner. Das können beispielsweise Zeitungen sein, aber auch Behörden, Gewerkschaften oder Regierungen. Auf der Homepage einer Webseite würde dann ein Button abgebildet. Klickt man darauf, bekommt der User Anweisungen, um eventuell brisante Dokumente auf sicherem Wege zu verschicken. Kritik, man könne doch auch eine Mail an die Redaktion schicken, entkräftet Snorsson: „Der Absender einer E-Mail lässt sich leicht zurückverfolgen. Das heißt, wer geheime Dokumente in einer E-Mail verbreitet, kann schnell enttarnt werden.“ Wie auch Wikileaks will sich Openleaks mit Spenden finanzieren. Darüber hinaus fallen für etwaige Kooperationspartner Gebühren für den Aufbau und Erhalt der technischen Infrastruktur an. Diese „Gebühr“ beläuft sich dabei auf 200 bis 500 Euro. Bis April läuft die Seite im Testbetrieb mit nur fünf Partnern. Danach will man ein internationales Netz aus Partnern aufbauen. Die Gelder sollen möglicherweise von einer Stiftung verwaltet werden. Die Kosten für den Betrieb und Erhalt werden auf 100.000 Euro pro Jahr geschätzt.

Openleaks ist aber bei weitem nicht das einzige Angebot dieser Art. Jüngst launchte die WAZ-Gruppe unter der Leitung von David Schraven ein Portal, auf dem Leser dem Recherche-Team anonym Dokumente zukommen lassen können. Brussels Leak hat sich zum Ziel gesetzt, im Dickicht der Lobbyorganisationen innerhalb der EU für etwas mehr Durchblick zu sorgen. Ein weiterer Dienst mit ähnlicher Ausrichtung ist die Privacybox der German Privacy Foundation, der 3000 sichere Postfächer unterhält, die von rund 2000 Personen genutzt werden. (Media Newsletter 16.12.2010)

## ARD bietet Tagesschau-App an

Ab sofort kann die Tagesschau als Smartphon App auf der Online-Seite der Tagesschau heruntergeladen werden - deutlich später als erwartet.

An sich hätte das umstrittene Angebot bereits im Sommer online gehen können: Im August hatten die Drei-Stufen-Tests die Rechtmäßigkeit der gebührenfinanzierten App festgestellt. Die Anwendung ist jedoch, seit die ersten Pläne dazu verkündet wurden, ein zentraler Streitpunkt in Bezug auf die Rolle der öffentlich-rechtlichen Sender im Internet. Kritiker bemängeln, ARD und ZDF finanzierten so mit Gebührengeld Angebote, die den Applikationen von Privatsendern und Zeitungsverlagen ungehemmt Konkurrenz bereiteten; geeignet ist die App für das iPhone von Apple, den Blackberry und das Android von Google. Dann hörte man erst mal nichts mehr von der ARD-Anwendung.

Mit der Diskussion um die öffentlich-rechtlichen Online-Angebote habe die Verzögerung aber nichts zu tun, versicherte der zuständige NDR-Sprecher Martin Gartzke nun. Schuld sei die Technik: „Es fehlten noch Feinschliffe an der App.“ Auch musste die ARD das Produkt vor der Veröffentlichung bei Apple einreichen. Dort sei geprüft worden, ob die Anwendung den Anforderungen des App-Stores entspreche.

Die ARD erklärte außerdem, dass keineswegs alle künftig angebotenen Apps kostenfrei zur Verfügung gestellt würden.

## INTERNATIONAL

### Neuorientierung der Presse in Südosteuropa

Nach dem Rückzug aus Serbien und Rumänien hat die WAZ-Gruppe nun

mitgeteilt, dass sie „aufgrund eines attraktiven Preisangebots“ all ihre Medienbeteiligungen in Bulgarien an eine Investorengruppe verkauft, deren Wortführer der Chef des Hauses Habsburg ist, Karl von Habsburg-Lothringen. Der 49-jährige Spross der einstigen Herrscher-Dynastie versprach sogleich, die neuen Besitzer wollten „einen Beitrag zur Sicherung einer Pluralität von Informationen und Meinungen“ leisten.

Der Neuerwerb ist stattlich, denn die WAZ-Gruppe war in Bulgarien auf dem Pressesektor Marktführer. Zum Portfolio gehören neben Magazinen, Druckereien und Vertriebsfirmen auch die größte Wochenzeitung sowie die beiden größten Tageszeitungen, deren Auflagen liegen bei je 75000, 130000 und 100000 Exemplaren. Die zwei Tageszeitungen sind Boulevardblätter, die wie andere bulgarische Medien gelegentlich die Grenzen der Seriosität überschreiten. Ihre Chefredakteure waren, wie ein Sonderausschuss herausfand, einst Mitarbeiter des berüchtigten kommunistischen Geheimdienstes Darjawna Sigurnost.

Den neuen Herren ist Bulgarien nicht fremd, zumal auch Bulgaren zu ihnen zählen. Eigentümer wird künftig laut Mitteilung der WAZ formal die eigens gegründete Gesellschaft BG Print-media Ltd. Man habe „viel Erfahrung in Mittel- und Osteuropa“, erklärte Habsburg. Als ältester Sohn Ottos von Habsburg-Lothringen und Enkel des letzten österreichischen Kaisers, hat sich der 49-Jährige früh in der konservativen Österreichischen Volkspartei engagiert, für die er von 1996 bis 1999 im Europaparlament saß. Diese Karriere endete mit einem Spendenskandal, seither ist er Geschäftsmann, zudem leitet er die Paneuropa-Union in Österreich.

## Oxford-Studie zur Zukunft der Auslandskorrespondenten

Reporter ohne Grenzen (ROG) sieht eine zunehmende Verschlechterung der Medienfreiheit in Europa. Laut einer in Berlin veröffentlichten Rangliste hat sich ein bereits im Vorjahr festgestellter Abwärtstrend einiger süd- und südosteuropäischer Staaten fortgesetzt. Besonders in der Türkei sei die Entwicklung besorgniserregend. Im Vergleich zum Vorjahr sei das Land nochmals um 16 Ränge auf Position 138 gefallen. Dabei fielen besonders Klagen gegen Journalisten sowie deren Verurteilung zu Gefängnisstrafen ins Gewicht. ROG vergleicht mit der Liste die Situation der Pressefreiheit in 178 Staaten und Regionen weltweit. In die Bewertung seien Verstöße zwischen September 2009 und August 2010 einbezogen worden. Schlusslicht bei der Pressefreiheit ist Eritrea, gefolgt von Nordkorea und Turkmenistan. Medienschaffende würden in diesen Ländern systematisch verfolgt.

Angeführt wird das Ranking dagegen von Finnland, den Niederlanden und Schweden sowie Island, Norwegen und der Schweiz. Innerhalb der EU gehe die Schere weit auseinander, erläutert ROG. Am wenigsten frei sei die Presse in Bulgarien. Fast die Hälfte der EU-Länder liege zwischen dem 30. und 70. Rang. Am stärksten gefallen sei Griechenland, von Platz 35 auf Platz 70. Als Gründe führt ROG körperliche Angriffe bei Demonstrationen und Drohungen gegen Journalisten an.

## Der Umsatzanteil digitaler Werbung steigt

Der Anteil digitaler Werbung in den USA wird 2010 erstmals den Werbeanteil für Tageszeitungen übertreffen. Die amerikanische Industrie gab nach

einem Bericht von Bloomberg.net 25,8 Milliarden Dollar für digitale Werbeformen aus, was einem Anstieg von 13,9 Prozent entspricht. Die Werbeerlöse für gedruckte Tageszeitungen fielen um 8,2 Prozent auf 22,8 Milliarden Dollar. Online-Werbung gilt bei Vermarktern als zielgerichteter. Insgesamt soll der US-Werbemarkt um drei Prozent wachsen (auf 168,5 Milliarden Dollar).

## Ungarn stellt Rundfunk und Presse unter Aufsicht

Parlament in Ungarn hat, wie erwartet, ein System der staatlichen Medienkontrolle beschlossen. Hinter der Neuregelung steckt die rechtskonservative Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán, die im Parlament über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt. Künftig gibt es in Ungarn unter anderem einen „Medienrat“, dem fünf Mitglieder der Regierungspartei angehören sollen. Er soll öffentlich-rechtliche wie private Medien, deren Berichte als „nicht politisch ausgewogen“ erachtet werden, mit hohen Geldbußen bestrafen dürfen.

Was „ausgewogen“ im Einzelfall bedeutet, ist allerdings noch völlig unklar. Das gleiche gilt für ‚Fragen der nationalen Sicherheit‘: Sind sie tangiert, sollen Medien künftig ihre Quellen offenlegen. Schwammig ist auch der Begriff ‚politische Propaganda‘. Diese ist nun außerhalb von Wahlkampfzeiten verboten - es sei denn, es geht um Volksbefragungen.

## Start von Google TV auf weiteren Geräten verzögert

Der Ausbau des Internetfernsehens Google TV verzögert sich. Google wolle die Software noch einmal überarbeiten, bevor weitere Hersteller ihre

Geräte mit der Google-Software auf den Markt bringen, berichten amerikanische Medien. Mit Google TV will der Suchmaschinenpezialist Fernsehen und Internet verschmelzen. Der japanische Elektronikkonzern Sony und der Schweizer Computerzubehör-Hersteller Logitech nutzen die Technik bereits. Google bat nun offenbar weitere Hersteller, die Geräte mit der Option für Google TV vorstellen wollten, damit bis nach der Überarbeitung zu warten. Der Zuschauer soll mit Googles Browser Chrome am Fernseher sowohl auf das Internet als auch auf Hunderte von Fernsehkanälen zugreifen können.

Medienkonzerne weigern sich aber, ihre Inhalte herzugeben. Sie fürchten, dass dadurch das klassische, werbefinanzierte Fernsehen leidet.

## Fox legt weiter zu

Der rechte amerikanische Fernsehsender Fox News hat seine starke Marktposition 2010 behauptet. Unter den Programmen der Nachrichtensender im US-Kabelfernsehen belegte der Kanal, der zum News-Corp-Konzern (Sun, Wall Street Journal) gehört, gleich alle zwölf ersten Plätze. An der Spitze lag nach Angaben der Marktforschungsfirma Nielsen erneut The O'Reilly Factor mit im Schnitt 3,2 Millionen Zuschauern, gefolgt von Hannity (2,3 Millionen) und Glenn Beck (2,2 Millionen). Das erste Format eines anderen Senders: Countdown with Keith Olbermann (eine Million). Die Show des linken Kanals MSNBC kommentiert die politische Lage ähnlich schrill wie Rechtsausleger Fox. Der Nachrichtensender CNN, der zuletzt immer weiter abrutschte, taucht erstmals auf Platz 18 auf, mit Larry King Live (672000 Zuschauer). Larry King, 77, hat die Show allerdings gerade beendet.



## MEDIENLEXIKON

### Katholischer Pressebund

Der Katholische Pressebund ist ein gemeinnütziger Verband zur Förderung der katholischen Publizistik mit Sitz in Bonn. Der Pressebund wurde am 16. März 1965 vom Kölner Prälaten Dr. Antonius Funke und von einer Gruppe katholischer Persönlichkeiten, Journalisten und Publizisten gegründet, zu der auch der spätere Erzbischof Joseph Kardinal Höffner zählte. Ziel des Verbandes war es, der Kirche in den Medien ein stärkeres Gewicht zu geben. Außerdem sollten junge Menschen für den Journalistenberuf gewonnen und gefördert werden. Vorsitzender ist seit Dezember 2010 der Kapuzinerpater Paulus Terwitte aus Frankfurt, neuer Geschäftsführer ist Stefan Lesting aus Köln. Diesem Ziel verpflichtet, vergibt der Katholische Pressebund seit 2005 den „Antonius-Funke-Preis“, einen Journalistenpreis für Volontäre. Dem Verband gehören derzeit mehr als 600 Mitglieder an.

## BUCHTIPP



In welchem Umfang müssen Behörden Journalisten bei ihrer Recherche Auskunft geben? Welche strafrechtlichen Vorschriften sind bei der Berichterstattung zu berücksichtigen? Was ist bei der Veröffentlichung von Fotos zu beachten? Wie weit reicht das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten? Journalisten sind als Berufsgruppe in ein besonderes Netz von Rechten und Pflichten eingebunden. Die vollständig überarbeitete Neuauflage dieses Handbuchs bietet ein wertvolles Nachschlagewerk für den Redaktionsalltag. Dabei erleichtern Übersichten und Checklisten sowie Musterschreiben die tägliche Arbeit und bieten Schutz vor juristischen Auseinandersetzungen.

Ernst Fricke: Recht für Journalisten. Presse – Rundfunk – Neue Medien. 2., völlig überarbeitete Auflage. UVK Verlag. ISBN 978-3-86764-095-4. Euro 49,90

## MEDIENPREISE

### Menschenrechts-Filmpreis an Iran-Dokumentation

Der Dokumentarfilm „Iran Elections 2009“ von Ali Samadi Ahadi hat den Deutschen Menschenrechts-Filmpreis 2010 erhalten. Der 52-minütige Film des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und des deutsch-französischen Kulturkanals ARTE zeichnet die Geschehnisse rund um die Wahlen im Iran 2009 nach, teilte der WDR in Köln mit. „Dieser Film setzt Marksteine gegen das allzu schnelle Vergessen“, so die Jury.

### Entwicklungshilfe-Medienpreis geht an Journalist aus Nicaragua

Der nicaraguanische Journalist Yader Francisco Luna Garcia ist mit dem diesjährigen Lorenzo-Natali-Preis der EU-Kommission für entwicklungspolitische Berichterstattung ausgezeichnet worden. Bei der Preisverleihung am Montagabend in Brüssel erhielt der Nicaraguaner die Ehrung für seine Berichterstattung über eine Gruppe von Frauen, die in einer nicaraguanischen Gemeinde einen Radiosender gründeten, um Gewalt gegen Frauen öffentlich anzuprangern.

Mehr als 1.100 Journalisten hatten sich in diesem Jahr um den Preis beworben. Eine Jury unter Leitung des Brüsseler ZDF-Korrespondenten Kai Niklasch wählte daraus die Preisträger für jede Weltregion und den Gewinner des Hauptpreises aus. Insgesamt sind die Auszeichnungen mit 60.000 Euro dotiert. Der Preis wird seit fast 20 Jahren vergeben. EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs erklärte, Journalisten berichteten über Menschen und ihre Lebenswirklichkeit. Somit trügen sie zur Entwicklung und zu Demokratie auf der ganzen Welt bei.



## ABENTEUER JOURNALISMUS

### Bernhard Holfeld - Ein frag-würdiger Beruf

*Bernhard Holfeld studierte in Erfurt Philosophie und Theologie. Er arbeitete von 1998 bis 2002 als Korrespondent des Deutschlandfunk in Sachsen. Seit 2002 ist er Programmchef von MDR 1 Radio Sachsen mit Sitz in Dresden.*



Darf ein Journalist sich z. B. die Frage stellen: Wozu schreibe ich? Nein, denn der gute Journalist schreibt, ob gelegen oder ungelegen, zweckfrei, pressefrei, macht sich mit nichts gemein. Andererseits ja, denn der journalistische Text soll einen Sinn haben, und Fragen stellen ist unser Kerngeschäft, warum nicht an uns selbst?

Viele ähnliche Fragen können wir stellen, wir arbeiten in diesem Spannungsfeld – ein spannender Beruf! 23. November 2000. „Nazis haben in Sebnitz ein Ausländerkind ertränkt. Am helllichten Tag im Freibad.“ Ich sitze im Büro als Deutschlandfunk-Korrespondent in Sachsen. Der Bericht der Bild-Zeitung wird von den meisten Redaktionen mitsamt dem abschließenden Urteil übernommen. Das Fernsehen baut sich schon in Sebnitz auf, die Hotels der Kleinstadt sind schlagartig von Redaktionen ausgebucht. Details laufen über die Agenturen. Eidesstattliche Versicherungen von Zeugen. Ein Gutachten des niedersächsischen Kriminologen Pfeiffer bestätigt die Anschuldigung. Drei Jugendliche „Täter“ sind in U-Haft genommen worden. Ein NPD-Mann sitzt im Sebnitzer Stadtrat, die Mutter des toten kleinen Josef ist SPD-Stadträtin, der Vater Iraker, die

Familie von dort nach Deutschland geflohen. Die Fronten sind klar, der Fall auch. Mein Bericht ist gefragt, täglich mehrere Updates.

Noch Fragen? Der Sachsen-Korrespondent der „Süddeutschen“ schlug sich mit denselben Fragen wie ich herum: Ist es wirklich so gewesen? Wir zweifelten: Die Zeugen, die eidesstattliche Versicherungen abgegeben haben, sind alles Kinder. Die Erklärungen wurden nur gegenüber der Mutter des toten Josef abgegeben. Kann es nicht auch anders gewesen sein? Haben wir die Zeit, diese Frage zu stellen? Am Ende sind wir die Dummen, die nicht rechtzeitig Klartext geschrieben haben, wenn wir uns mit zu vielen Fragen aufhalten. Die gemeinsamen Fragen ermutigten uns. Wir fragten weiter.

Ein Handwerker und Sebnitzer Stadtrat sagte mir nach der ersten Krisensitzung des Stadtrates in seiner Mundart mit dem rollenden „R“: „Die Leute hör'n halt gerne Horrorgeschichten“. Wie sich später herausstellte, hatte er mit diesem Satz den Nagel auf den Kopf getroffen - mit Blick auf uns Medienschaffende und auf die Mediennutzer. Schließlich: Von Tag zu Tag stiegen die Zweifel am Tathergang. Die Jugendlichen wurden freigelassen. Der

Junge war an Herzversagen beim Baden gestorben. Ein tragisches Unglück.

Hinterfragen hatte sich jedenfalls gelohnt - auch gegen den Mainstream. „Bild“ mühte sich um Wiedergutmachung für die Rufschädigung an den Jugendlichen und der Stadt. Kann das gelingen? Ein anderer Redakteur reagierte so: „O.k., es war in dem konkreten Fall nicht so, wie wir es geschrieben hatten. Aber es hätte so sein können in dieser Gegend. Vom Grund her war es nicht verkehrt, so zu schreiben.“

Die Berichterstattung im „Fall Josef“ war eine berufliche Prägung für mich. Ein Muster für ähnliches. Heute kommen Mainstreams von PR- und Politprofis als Bezeichnungen für Affären und Programme inklusive gewünschter Bewertung. „Riester-Rente“ hat sich durchgesetzt, „Müntes-Lohn“ nicht, „Sachsensumpf“ wird von unserer Redaktion bis zum erbrachten Beweis nicht verwendet. Solche Entscheidungen kann man richtig oder falsch finden. Es gibt keine Garantie, dass ein Gegen-den-Strom-Schwimmen immer der richtige Weg wäre. Fragen stellen – ob gelegen oder ungelegen, der Mut zum eigenen Weg, der macht das Abenteuer Journalismus für mich aus. Immer wieder.

## ECHT KATHOLISCH

Seit jüngerer Zeit wird wieder um den Begriff des Katholisch-seins gestritten. Diese Diskussion geht an die Nerven. Es geht ja um nichts Geringeres als um die Kraftquelle für das eigene Handeln. Da wundert es nicht, dass die Debatten bald persönlich werden und in gegenseitigen Vorwürfen enden: Den jeweils anderen für den Glauben nicht mehr ganz ernst nehmen.

Die einen meinen damit, das ständige Kritisieren von Papst und Bischöfen rüttelte an den Fundamenten des katholischen Glaubens. Man müsse sich auf die katholischen Positionen in Sachen Weihenpriestertum nur für den Mann, Zölibat, Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen und anderen stellen, und wenn man diese Positionen nicht einnehmen könne, wäre das ein Mangel an Glaubenseinsicht. Aus dieser Ecke kommt dann die Rede über die Freude am Glauben, die beim näheren Hinsehen auffällig viele Formulierungen aus vorkonziliarer Zeit benutzt und sich in der Freude an den Formen des Glaubens von vorgestern ergeht. Ich gestehe, dass ich auch fasziniert bin von der Rokoko-Pracht des Vatikans; doch vergesse man nicht, dass das dort erst seit vierhundert Jahren so aussieht. Wer echt katholisch ist, sieht hoffentlich weiter.

Die anderen meinen mit dem Ernstnehmen des Glaubens, dass Christus uns zum Wandel in dieser Welt berufen hat. Das kann man gern wörtlich verstehen: Wir sollen nicht nur umherziehen – siehe meinen letzten Mittelpunkt –, sondern uns durch die Begegnungen unterwegs auch ansprechen und durchaus darin auch von Gott verwandeln lassen. Wer Glauben ernst nimmt, so diese Position, fürchtet es nicht, in Frage gestellt zu werden. Das Wort Jesu: „Die Wahrheit wird euch freimachen!“ gehöre auch angewandt auf die intensive Beschäftigung mit

der Sinus-Milieu-Studie und dem religiösen Trendmonitor. Der ungetrübte Blick auf die Kirchenaustritts-Statistik und die wirkliche Anzahl von Priestern und pastoral Hauptamtlichen sei zu verstehen als Mittel zum Lesen der Zeichen der Zeit, durch die Gott sich kundtue.

Zu beiden Positionen müsste mehr gesammelt und gesagt werden. Wir im Vorstand sind sehr froh, dass uns einige Mitglieder angeregt haben, das Katholischsein in der GKP einmal näher zu beleuchten. Als geistlicher Beirat sehe ich meine Aufgabe darin, das

## UNSERE HEIMAT ABER IST IM HIMMEL.

(PHIL 3,20)

Gespräch in Gang zu setzen und, wenn nötig, zu befeuern.

Man kann eine solche Diskussion auch für müßig halten. Wenn die GKP ein gewisser Spiegel der Gesellschaft ist, müssten sich auch solche bei uns aufhalten (dürfen), denen das Katholischsein als Glaubensmarke so gleichgültig ist wie den vielen, denen die Kirche aus allen möglichen Gründen wichtig ist, nur nicht aus denen, die der Kirche wichtig sind. Gerade diese Mitglieder möchte ich herzlich einladen, mit in die Diskussion einzusteigen, die zur Zeit schon in der Xing-Gruppe der GKP geführt wird.

Was echt katholisch ist, daran scheiden sich die Geister. Im Gespräch darüber wäre es mir wichtig, dass wir beim Begriff beginnen: Katholisch heißt weit, umfassend. Es ist keine soziologische Aussage oder geopolitische.

Zunächst geht es um eine Gotteseigenschaft, genauer: Um das Wirken des Heiligen Geistes. Der ist nämlich als erstes katholisch zu nennen: Er weitet Gottes Sein aus und ermöglicht göttliche Selbstaussießung, die Erschaffung der Welt. Da er dies bewirken konnte, so wird rückgeschlossen, kann er auch bewirken, dass er aus den weitesten Winkeln der Welt die Schöpfung die Menschheit darin wieder zusammenführen und heimführen kann zum Schöpfer. Wer katholisch sagt, sagt zuerst: Gott ist Weite. Gott ist Überfluss. Gott ist Halt, und dies für Euch und für alle.

Die heilige katholische Kirche als Glaubensbegriff meint zu allererst: Gott will die Menschheit einen. Gott will die Schöpfung erlösen. Gott neigt sich der Welt zu, und wir sind gerufen, ihm lobpreisend zu antworten. Nicht zufällig ist ein Kernbegriff des Katholischen das Opfer: Wir geben in Gott hinein, Jesus hinterher, was Gott einst sowieso wieder in sich aufnimmt. Und wir erhalten zurück, was wir sowieso einst empfangen werden: Das Himmliche Mahl.

Wenn die Diskussion um das Echte am Katholischsein zu einem Glaubensgespräch über unsere Gotteserfahrung würde, hätten wir eine gute Basis. Es käme eine Weite ins Gespräch, die wir Gott selber zuschreiben würden. Wir würden im Halt in Gott frei werden für das, was Opfer, Wandlung und Liebe im Katholischen meinen: Wege zu Gott, die wir Jesus hinterhergehen. Diesen Glauben würden wir ernst nehmen, wir würden fröhlich Zeugen der Auflösung von Positionen werden. Dialog entstünde. Neues würde erscheinen ...

Ihr  
Bruder Paulus